LE GOUVERNEMENT
DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG
Service information et presse

Luxemburg hat Pflicht nicht erfüllt

BERICHT In Bezug auf Menschenhandel gibt es auch hier im Land noch viel zu tun

Lena Butnyk

Gestern stellte die „Commission consultative des droits de l'Homme" (CCDH) ihren Bericht der Jahre 2014-2016 bezüglich des Menschenhandels in Luxemburg vor. Der Report macht deutlich, dass Luxemburg seine Pflichten zur Bekämpfung des Menschenhandels nicht erfüllt. Der Bericht beruft sich auf Statistiken und Informationen von verschiedenen Behörden wie z.B. das Justizministerium, die Polizeibehörden und NGOs. Allerdings sind diese Statistiken laut der Kommission äußerst vage und dazu oft widersprüchlich. Die Polizei ist die einzige Behörde, die über eine Datenbank mit Informationen über Täter und Opfer verfügt. Dies reicht bei weitem nicht aus und erschwert den Kampf gegen den Menschenhandel erheblich. Infolgedessen kann die CCDH keine klare Schlussfolgerung zur Situation in Luxemburg ziehen. „Aufgrund des Mangels an Kooperation und Austausch zwischen den jeweiligen Behörden liegt kein einheitliches Bild vor", so Anamarija Tunjic, Rechtsexpertin der CCDH.

Trotz der wenig vorhandenen oder unverlässlichen Angaben seitens der Behörden ist es der CCDH gelungen, Statistiken zum Thema Menschenhandel in Luxemburg aufzustellen. Zwischen 2010 und 2016 gab es in Luxemburg insgesamt 79 vermeintliche Opfer von Menschenhandel. Die große Mehrheit der Opfer sind volljährige Frauen. Allerdings gab es auch elf minderjährige Opfer. Was die Nationalität der Opfer angeht, so stammten 42 aus der Europäischen Union und 33 aus Drittländern. Auffällig ist, dass die europäischen Opfer vorwiegend aus Osteuropa (Rumänien, Estland, Bulgarien) oder aus Frankreich stammten. Die am häufigsten verbreitete Form der Ausbeutung ist die sexuelle Ausbeutung sprich die Zwangsprostitution. Jedoch steigt die Zahl der Opfer von Zwangsarbeit oder ausbeuterischen Arbeitsbedingungen stetig an. Solche Opfer findet man vor allem im Gaststättengewerbe und im Bausektor vor.

Des Weiteren zeigen die Statistiken, dass die meisten Opfer nicht auf die Hilfe von Hilfsorganisationen wie „Fondation maison de la porte ouverte" oder „Femmes en détresse" zurückgreifen. Dies liegt in erster Linie daran, dass die Polizei die Opfer häufig nicht an diese Organisationen weiterleitet, wozu sie eigentlich gesetzlich verpflichtet ist. Darüber hinaus erschweren der Mangel an Kommunikation zwischen den Behörden und die bürokratischen Prozeduren die Hilfeleistungen für die Opfer.

Auch bei den Hilfsorganisationen besteht Handlungsbedarf. Die CCDH verzeichnet einen Mangel an geschultem Personal sowie an finanziellen Mitteln. Deshalb fordert sie eine Miteinbeziehung der ITM („Inspection du travail et des mines"). Schließlich setzt diese sich mit den Arbeitsrechten und -bedingungen auseinander. Dann wäre jedoch eine umfassende Umstrukturierung der ITM notwendig.

Menschenhandel und Flüchtlingskrise

Die CCDH stellt zudem fest, dass es einen Zusammenhang zwischen dem Menschenhandel und dem Menschenschmuggel infolge der Flüchtlingskrise gibt. „Flüchtlinge sind durch ihre prekäre Lebenssituation privilegierte Opfer von Menschenhändlern", so Gilbert Pregno, Präsident der CCDH. Unter den Schutzsuchenden befinden sich zunehmend unbegleitete Minderjährige.

Laut Anamarija Tunjic bilden diese die verwundbarste Gruppe unter den Flüchtlingen. 2016 reichten 83 Minderjährige einen Asylantrag in Luxemburg ein; davon sind 39 verschwunden, also fast die Hälfte der 83 minderjährigen Asylbewerber. Die CCDH bedauert sehr, dass sich die Behörden nicht mit diesem Problem befassen. Zwar verabschiedete die Regierung im Dezember 2016 den ersten PAN („Plan d'action national") bezüglich der Bekämpfung von Menschenhandel. Doch die dort ernannten Maßnahmen sind viel zu vage.

Im Bericht zieht die CCDH Bilanz und spricht ihre Empfehlungen zu Verbesserungsmaßnahmen aus. Neben der Verbesserung der Kooperation zwischen den betroffenen Behörden empfiehlt die CCDH die Einstellung von mehr Mitarbeitern sowie eine bessere Schulung der Behörden.

Darüber hinaus muss die zivile Bevölkerung mit Hilfe von Sensibilisierungskampagnen mit einbezogen werden. „Wir können die Wichtigkeit einer 'détection proactive' nicht oft genug betonen", so die Kommission.

Die Behörden müssen den Kampf gegen den Menschenhandel vorausschauend und zielsicher führen. Außerdem spielen präventive Maßnahmen seitens der Behörden eine wichtige Rolle. „Prävention ist das einzige Mittel, um den Menschenhandel zu bekämpfen", bekräftigt Yuriko Backes, Chefin der Vertretung der EU-Kommission in Luxemburg.

LE GOUVERNEMENT
DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG
Service information et presse

Gegen Menschenhandel

Opfer werden auch in Luxemburg zu Prostitution oder Bettelei gezwungen

LUXEMBURG
SOPHIA SCHÜLKE

Luxemburg muss strukturierter gegen Menschenhandel vorgehen. Das hat die beratende Kommission für Menschenrechte in Luxemburg erklärt, die gestern ihren ersten Bericht für die Jahre 2014 bis 2016 veröffentlicht hat. Der Bericht wurde auch in der „Chamber" vorgestellt.

„Menschenhandel ist ein Verbrechen, das es leider auch in Luxemburg gibt", erklärte Yuriko Backes, Direktorin der Vertretung der EU-Kommission in Luxemburg. Laut dem jüngsten Bericht hat es zwischen 2010 und 2016 in Luxemburg 79 identifizierte und vermutete Opfer von Menschenhandel gegeben, darunter 66 Frauen, die damit die hauptsächliche Zielscheibe der Menschenhändler sind. Mit 42 Personen kam die Mehrzahl der Opfer aus der EU, davon stammten 16 Personen aus Rumänien, jeweils fünf aus Estland und Frankreich und eine Person aus Luxemburg selbst. Die Dunkelziffer liegt höher, in Europa soll es bis zu 800.000 Opfer geben.

Geringe Fluchtchancen

„Das sind die Sklaven des 21. Jahrhunderts", gab Gilbert Pregno, Präsident der beratenden Kommission für Menschenrechte in Luxemburg, zu bedenken. Pregno stellte klar, dass Menschenhandel als profitables Geschäft betrieben wird. Meist von gut funktionierenden Organisationen und professionellen Strukturen, die auch mit Waffen und Drogen handeln. „Das Risiko geschnappt zu werden, ist gering, die Chance für Opfer, zu entkommen, ist es auch."

Menschenhandel ist ein sehr komplexes Phänomen, auch im Großherzogtum lassen sich diese Verbrechen schwer fassen: Es beginnt bereits damit, dass die luxemburgischen Statistiken nicht komplett und teils widersprüchlich sind, wie Anamarija Tunjic, Juristin der beratenden Kommission für Menschenrechte in Luxemburg, erklärt. So gebe es zwischen den Akteuren, darunter Polizei und NGOs, nicht genug Kommunikation. Sicher aber ist, dass mehrheitlich Frauen und Minderjährige den Menschenhändlern zum Opfer fallen, und dass der Großteil der Opfer immer noch in der Prostitution, aber auch im Gastronomie- und Gaststättengewerbe sowie der organisierten Bettelei landet. Inzwischen seien auch Flüchtlinge zu beliebten Opfern der Menschenhändler geworden, besonders gefährdet seien junge unbegleitete Flüchtlinge: Allein zwischen Januar und September 2016 sind laut Tunjic in Luxemburg von 83 minderjährigen unbegleiteten Asylsuchenden 39 verschwunden.

Ein weiteres Problem sind nach Angaben Pregnos die geringen Strafen, die zum Teil noch auf Bewährung ausgesetzt werden. Das Gesetz sieht für überführte Menschenhändler Gefängnisstrafen von bis zu fünf Jahren und ein Bußgeld zwischen 50.000 und 100.000 Euro vor, in schweren Fällen mit Gewalt oder Folter drohen zwischen zehn und 15 Jahren und Geldstrafen zwischen 100.000 und 150.000 Euro. Allerdings hat Juristin Tunjic in den vergangenen Jahren als maximale Haftstrafe lediglich eine vierjährige Gefängnisstrafe registriert, weshalb sie sich auch für mehr Sensibilisierung und mehr Kooperation aller beteiligten Akteure ausspricht.

In ihrem Bericht hat die beratende Kommission für Menschenrechte in Luxemburg auch Lösungsansätze aufgezeigt. Dazu zählen effizientere Statistiken zur Erfassung, bessere Kommunikation zwischen den Akteuren, eine proaktive Ortung der Opfer, regelmäßige Schulungen aller Beteiligten, Aufstockung der Ressourcen bei Polizei, NGOs und Gewerbeaufsicht sowie die Beteiligung von NGOs und Gewerbeaufsicht bei der Identifizierung der Opfer. ●

LE GOUVERNEMENT
DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG
Service information et presse

Actions contre la traite humaine

LUXEMBOURG En matière de traite des êtres humains, «le secteur de la construction, celui de l'Horesca et même des soins à domicile avec l'existence d'une filière polonaise» s'ajoutent aux milieux de la prostitution et de la drogue, dit Viviane Loschetter, présidente de la commission Juridique, qui présentait hier le rapport de la commission consultative des Droits de l'homme 2014-2016. Le député Laurent Mosar insiste sur la «recrudescence de la mendicité organisée» et «les réfugiés mineurs, femmes ou issus de minorités ethniques, qui sont des cibles» d'éventuelles violences et exploitations. Un programme d'actions voire un changement de législation sont à venir.

LE GOUVERNEMENT
DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG
Service information et presse

Rapport sur la traite des êtres humains au Luxembourg

CCDH bemängelt verfügbare Zahlen und Kooperation

Gestern stellte die Konsultative Menschenrechtskommission Luxemburgs (CCDH) ihren ersten Rapport zur Menschenrechtssituation in Luxemburg der Abgeordnetenkammer vor und resümierte anschließend die aktuelle Lage. Alle zwei Jahre soll künftig auf diese Weise geschaut werden, was sich politisch und praktisch verbessert hat.

Im Zeitraum 2013 und 2014 habe es rund 15.900 Opfer gegeben, die in den meisten Fällen unter sexueller Ausbeutung zu leiden hatten. Zu einem Fünftel handelte es sich um sklavenähnliche Zustände im Rahmen von illegaler Arbeitsausbeutung. Fünfzehn Prozent der Betroffenen waren Minderjährige. Die Prävention müsse als das Mittel der Wahl angesehen werden, hieß es. Alles, was danach ansetze, komme bereits zu spät.

Ob Organhandel, Prostitution oder organisierte Bettelei: Alle diese Zustände sind die »Sklaverei des 21. Jahrhunderts«, so CCDH-Präsident Gilbert Pregno. Dabei entstünden Profite, ähnlich jenen im Drogenhandel oder Waffenschmuggel, mit dem Vorteil, daß eine menschliche Arbeitskraft im Gegensatz zu den anderen genannten Aktivitäten als Ware über einen längeren Zeitraum immer wieder verwertet werden könne.

Die Globalisierung habe diesem Phänomen einen großen Auftrieb gegeben, so Pregno, der feststellte, daß Menschenhändler hierzulande bisher vergleichsweise glimpflich davonkamen, wenn sie tatsächlich einmal erwischt wurden. Die Sensibilisierung der auf dem Terrain tätigen Personen und der Öffentlichkeit sei wichtig, um Ausbeutungsopfer schneller feststellen zu können und ihnen zu helfen. Die Chamber habe am Morgen durchaus betroffen auf die Berichterstattung des CCDH reagiert.

Ein großes Problem, welches wiederholt bemängelt wurde, ist das Fehlen belastbarer und zusammenhängender Statistiken zur Situation in Luxemburg. Eine Beschwerde, die von vielen Organisationen immer wieder vorgetragen wird. Auch die Kommunikation zwischen den einzelnen Akteuren in der Praxis müsse deutlich verbessert werden. Möglichkeiten einer »proaktiven Feststellung« von Ausbeutungsopfern müßten geschaffen werden. In diesem Zusammenhang wurde vorgeschlagen, die ITM personell deutlich zu verstärken und ihr auch die Befugnis zur Feststellung zuteilwerden zu lassen. In anderen Ländern seien sogar Nichtregierungsorganisationen mit diesem Recht betraut.

Das Phänomen Menschenhandel habe vor allem auch stark von der extrem hilflosen Situation der Asylsuchenden profitiert. In diesem Zusammenhang wurde daran erinnert, daß in der EU beispielsweise tausende unbegleitete minderjährige Flüchtlinge einfach verschwanden. Die Betreuung von in Luxemburg ankommenden minderjährigen Flüchtlingen müsse verbessert werden, und es fehle außerdem an Auffangstrukturen für männliche Personen, die aus Ausbeutungsverhältnissen befreit werden konnten.

Nicht nur im Asylbereich sollten die zuständigen Kräfte Augen und Ohren aufhalten, um Ausbeutungsopfer festzustellen, auch die polizeiliche Verfolgung des Drogenhandels müsse diese Möglichkeiten mit einbeziehen. Insgesamt brauche es mehr Personal und vor allem Schulungen für dieses. Betreuer für minderjährige Flüchtlinge würden unter Umständen erst mit Monaten Verspätung zugeteilt und in den Auffangstrukturen sei das Personal nicht adäquat qualifiziert.

In zwei Jahren wolle man an selber Stelle im nächsten Avis schauen, ob die Betroffenheit der Chamber Früchte getragen habe.

CK

LE GOUVERNEMENT
DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG
Service information et presse

La traite des êtres humains, c'est aussi ici

La Commission consultative des droits de l'homme (CCDH) a rendu son rapport sur la traite des êtres humains au Luxembourg. Le cadre législatif est là, mais le pays manque considérablement de moyens.

Deux policiers. Deux. C'est l'effectif consacré à la traite des êtres humains au sein de la police luxembourgeoise. Un manque de moyens criant qui est dénoncé par la CCDH, d'autant que l'arrivée massive de demandeurs d'asile en Europe, dont une partie non négligeable de mineurs, fait d'eux une population vulnérable susceptible de tomber aux mains des réseaux.

De notre journaliste
Audrey Somnard

La traite des êtres humains, ce n'est pas quelque chose qu'on imagine au Luxembourg, et pourtant, malgré le peu de moyens consacrés à la lutte contre ce mal, des victimes sont identifiées chaque année dans un Grand-Duché bien démuni face à des réseaux très bien organisés, hiérarchisés et avec beaucoup plus de moyens. C'est le constat que fait Gilbert Pregno dans le préambule du rapport sur la traite des êtres humains au Luxembourg présenté hier à la presse. Le président de la CCDH considère la situation actuelle comme affligeante : «**Nous sommes dans une période charnière. Après l'aveuglement collectif, nous réalisons enfin qu'il y a beaucoup de victimes et que nous sommes face à un réseau de crime organisé. Le cadre législatif est là, mais pas les moyens. Les victimes entament un long processus pour se sortir de l'emprise exercée sur elles, elles ont besoin d'être accompagnées.**»

Le phénomène touche environ 880 000 personnes dans l'Union européenne. Au Luxembourg, entre 2010 et 2016, il y a eu au total 79 victimes, dont 45 ont été identifiées officiellement comme victimes de traite par la police. La grande majorité d'entre elles sont des femmes âgées de plus de 18 ans. On compte néanmoins également 11 victimes mineures pendant la même période. Au départ, des histoires souvent similaires. Des personnes fragiles, dans une situation précaire, à qui on fait miroiter une vie meilleure. Une fois à destination, c'est l'engrenage : les coups, une forte pression psychologique réduisent les victimes au silence.

Et contrairement à ce que l'on pourrait penser, les victimes sont en majorité issues des pays de l'Union européenne : 42 victimes européennes contre 33 issues d'un pays tiers (la nationalité de trois victimes n'a pas pu être déterminée). Parmi les pays de l'UE, les plus représentés sont ceux de l'Est (Roumanie, Estonie, Bulgarie) et la France. Pour ce qui est des pays tiers, le rapport note une prédominance du Brésil et de la Chine. Sans surprise, si différents types d'exploitation sont présents, la forme la plus répandue est celle de l'exploitation sexuelle. Parmi les 79 personnes comptabilisées, 60 en ont été victimes. Le rapport note cependant une augmentation des victimes d'exploitation par le travail, notamment dans le secteur de l'Horeca.

La grande majorité des auteurs viennent de l'UE

De 2010 à 2016, 33 décisions (jugements et arrêts) en matière de traite des êtres humains ont été rendues par les juridictions luxembourgeoises : de 3 à 7 décisions chaque année. Il y a eu 25 jugements, c'est-à-dire de nouvelles affaires en matière de traite des êtres humains ayant fait l'objet d'une décision judiciaire. Seulement deux jugements concernaient la traite pour l'exploitation par le travail, alors que le reste se rapportait à l'exploitation sexuelle.

Les faits condamnés ont, dans la plupart des cas, été commis par un ou deux auteurs. Environ deux tiers étaient des hommes, dont la grande majorité viennent d'un État membre de l'Union européenne et seulement un nombre restreint est originaire d'un pays tiers.

Quant aux peines prononcées, le rapport met en évidence que les acquittements en la matière ont été rares. La durée des peines varie de 6 mois à 4 ans de prison (sursis exclus), et les amendes de 1 000 à 25 000 euros. On peut pourtant constater que même si les peines prononcées sont généralement supérieures à un an, la plupart sont assorties d'un sursis partiel ou intégral.

Le volet migration a aussi pris de l'importance ces dernières années avec l'afflux massif de migrants en Europe, soit plus d'un million de personnes au total. Le Luxembourg a également été touché avec une augmentation importante de demandeurs de protection internationale, des populations fragiles. Ainsi, 2 447 personnes ont demandé une protection internationale au Luxembourg en 2015, ce qui représente près du double du total des deux années précédentes. Selon l'European Migration Network, seules cinq victimes de traite d'êtres humains ont été détectées lors de la procédure de protection internationale de 2008 à août 2013 au Luxembourg.

Mais ce qui inquiète la CCDH, c'est le destin des mineurs non accompagnés, une population particulièrement visée par les réseaux de traite d'êtres humains. Europol estime que 10 000 mineurs non accompagnés ont ainsi disparu après leur arrivée en Europe en 2015. Au Luxembourg, dans une réponse à une question parlementaire en octobre dernier, le ministre de l'Immigration et de l'Asile a noté que sur 83 mineurs non accompagnés ayant présenté une demande de protection internationale du 1er janvier au 30 septembre 2016, 37 avaient disparu après avoir présenté leur demande et deux après l'introduction de celle-ci.

Pour Gilbert Pregno, les autorités ont tort de ne pas se soucier de voir que presque la moitié des mineurs non accompagnés arrivés au Luxembourg en 2016 ont disparu sans laisser de trace : «**Nous ne sommes pas du tout au courant de ce qu'ils deviennent. Si pour beaucoup il y a une explication, il y a sûrement une partie d'entre eux qui tombe entre les mains de trafiquants.**»

LE GOUVERNEMENT
DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG
Service information et presse

„Kollektive Blindheit“

CCDH schlägt Alarm wegen Menschenhandel in Luxemburg

VON BÉRENGÈRE BEFFORT

Menschenhandel ist eine schwere Straftat. Doch in Luxemburg werden die Opfer nicht hinreichend erkannt und die Täter unzureichend geahndet. Das beanstandet die Menschenrechtskommission in ihrem jüngsten Bericht.

„Die Opfer von Menschenhandel melden sich nicht einfach so bei der Polizei. Sie klopfen nicht direkt bei einer sozialen Anlaufstelle an. Diese Menschen sind traumatisiert, sie haben Angst um ihr Leben“, erzählt Gilbert Pregno. Der Präsident der beratenden Menschenrechtskommission (CCDH) hat sich zusammen mit Mitarbeiterin Fabienne Rossler und Juristin Anamarija Tunjic eines düsteren Themas angenommen: der Menschenhandel in Luxemburg.

In einem Bericht im Auftrag des Parlaments wirft die CCDH ein Schlaglicht auf die Sklaverei der Moderne: Wenn Menschen andere Menschen ausbeuten und nötigen. Dabei geht es um Zwangsprostitution in zwielichtigen Bars und Zuhälterringen. Aber nicht nur. „Auch im Gaststättengewerbe und in der Baubranche herrschen unhaltbare Zustände“, so Pregno. Ausländische Mitarbeiter würden als billige Arbeitskräfte missbraucht. Sie hätten sich auf falsche Versprechen auf ein besseres Leben eingelassen.

Gewalt und Drohungen

Der CCDH-Präsident erinnert sich an ergreifende Erzählungen von Fachkräften. Der Chef hätte übermäßige Überstunden gefordert, Ruhepausen seien nie zugestanden worden. Als sich die Mitarbeiter wehren wollten, wurden sie bedroht. In solchen Fällen sei immer Gewalt im Spiel, physisch oder psychisch, sagt Pregno. Und ferner gebe es schaurige Geschichten von Menschen, die zu Betteltätigkeiten gezwungen würden. Dem Menschenhandelring würden sie nur schwer entkommen. „Den Opfern wird gedroht, der im Ausland hinterbliebenen Familie etwas anzutun. Der Druck ist enorm“, gibt Gilbert Pregno zu bedenken.

Damit Betroffene überhaupt Chancen hätten, die Gewaltspirale zu durchbrechen, müsste die Ausbeutung deutlicher erfasst werden. Druckmittel müssten offengelegt werden. Leider fehle es an zuversichtlichen Statistiken und Angaben. Seit 2010 wurden 79 Opfer verzeichnet. „Die Grauzone ist allerdings extrem groß. Die reelle Anzahl an schutzbedürftigen Personen liegt viel höher“, beklagt Pregno. Beim Thema Menschenhandel tappe man im Dunkeln. Es fehle insgesamt an Mitteln und Ressourcen, um den Tätern das Handwerk zu legen und die Opfer besser zu schützen.

Für das Jahr 2016 wurden offiziell acht Fälle von sexueller Ausbeutung registriert, vier Personen wurden zur Bettelei gezwungen und in einem Fall war eine Person als Haushaltshilfe ausgebeutet worden. Mit den Ermittlungen ist die Polizei betraut. Sie deckt die meisten Fälle auf. Doch wenn man den Menschenhandel bekämpfen wolle, müssten auch die Hilfsorganisationen und die Gewerbeinspektion mehr eingebunden wurden. „Sozialarbeiter, Ärzte, Kontrolleure, Lehrer und auch Olai-Mitarbeiter sollten verstärkt für das Thema sensibilisiert werden. Denn sie sind im direkten Kontakt mit den Leuten“, rät der Menschenrechtler. Die Hilfsorganisationen und Behörden müssten dafür mehr Mittel zugestellt bekommen.

Ein Milliardengeschäft

Die bisherige „kollektive Blindheit“ sei jedenfalls unerträglich. Luxemburg habe seine Verpflichtung vernachlässigt, Menschen vor kriminellen Banden zu schützen, so ein Fazit der Menschenrechtskommission in ihrem Bericht. Gilbert Pregno ist verärgert: „Der Menschenhandel ist weltweit ein Milliardengeschäft. Menschen werden wie Waren behandelt. Leider ist es für die Täter viel zu einfach, ihr schmutziges Geschäft zu betreiben.“ Die Straftaten müssten viel stärker geahndet werden.

Die CCDH bezweifelt, dass die jüngsten Aktionspläne der Regierung weit genug gehen. Dem Parlament hat sie ihre Empfehlungen vortragen. „Wir wünschen uns ein größeres Bewusstsein und mehr Mittel auf allen Ebenen. Ich hoffe, dass wir es schaffen“, sagt Gilbert Pregno. Vorgesehen ist, in zwei Jahren eine neue Analyse der Situation zu machen.

Erwartungen und Empfehlungen

In ihrem Bericht verlangt die Menschenrechtskommission:
- mehr proaktive Untersuchungen, u. a. von der Gewerbeinspektion;
- mehr Personalressourcen für die Polizei
- mehr Kooperation und Kommunikation zwischen Polizei, Hilfsorganisationen und Immigrationsdienststellen;
- mehr Informations- und Sensibilisierungsarbeit, um Missbräuche schneller zu erkennen;
- mehr Mittel gegen Zwangsbettelei;
- verbesserte Lebensbedingungen und Jobperspektiven für anerkannte Flüchtlinge;
- eine verstärkte Begleitung von minderjährigen Flüchtlingen.

LE GOUVERNEMENT
DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG
Service information et presse

MENSCHENRECHTE

Der Mensch als Ware

Tessie Jakobs

Der Kampf gegen Menschenhandel wurde in Luxemburg bisher noch nicht konsequent genug in Angriff genommen. In einem Bericht wird dies nun von der Menschenrechtskommission scharf kritisiert.

„Luxemburg ist seiner Verpflichtung, Opfer von Menschenhandel zu schützen, nicht nachgekommen", heißt es in einem am Mittwoch vorgestellten Bericht der Menschenrechtskommission (CCDH). In den letzten Jahren ergriffene Maßnahmen hätten leider nur eine unmerkliche Wirkung gehabt. Man hoffe, dass diese erst den Beginn eines wirkungsvollen Engagements im Kampf gegen den Menschenhandel darstellten. Laut Artikel 53 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union ist Menschenhandel offiziell verboten. Mit dem Ziel, mittels eines einheitlichen legalen Rahmens innerhalb der EU einen kohärenten Umgang mit Menschenhandel zu ermöglichen, fordert die 2014 verabschiedete Direktive 2011/36/UE zur Bekämpfung von Menschenhandel, zu Präventionsmaßnahmen sowie zum Opferschutz auf. Dennoch werden weltweit täglich tausende Menschen ausgebeutet und missbraucht - auch in Luxemburg. Besonders im internationalen Vergleich wird der akute Handlungsbedarf deutlich: Einem aktuellen Bericht der US-Außenbehörde zufolge erfüllt das Großherzogtum im Gegensatz zu Ländern wie Deutschland, Neuseeland, oder Chile nicht die minimalen Standards zum Opferschutz.

Weltweites Problem

Dem im letzten Dezember veröffentlichten Global Report on Trafficking in Persons zufolge wurden zwischen 2012 und 2014 in 106 Ländern 63.251 Opfer ermittelt. Zwar muss, damit von Menschenhandel die Rede ist, keine Landesgrenze überschritten worden sein, doch handelt es sich bei den meisten Opfern tatsächlich um internationale MigrantInnen. Als besonders verletzliche Gruppen wurden geschmuggelte MigrantInnen sowie Geflüchtete genannt. Dem Bericht nach wurden in West- und Südeuropa 67% der Opfer sexuell ausgebeutet und 30% zur Arbeit gezwungen. Bei 74% der Opfer handelte es sich um Mädchen und Frauen, und die meisten der nach Westeuropa Geschleusten stammten aus Mittel- und Osteuropa. Obwohl Menschenhandel weltweit mittlerweile in 158 Ländern illegal ist, sind erst wenige Verhaftungen erfolgt.

Die Erfassung der Opfer erweist sich aus vielerlei Gründen als sehr schwierig. Nur wenige trauen sich auszusagen; dies ist jedoch notwendig, um ein Verfahren einzuleiten. Einer solchen Aussage geht oft eine lange Phase des Vertrauensaufbaus voraus, der durch eventuelle Sprachbarrieren noch erschwert wird.

„Wenn man von Menschenhandel spricht, dann spricht man von den Sklaven des 21. Jahrhunderts", erklärte der Präsident der CCDH Gilbert Pregno der Presse gegenüber. Am Anfang jedes Menschenhandels stehe das Versprechen auf eine bessere Zukunft. Starker physischer und psychischer Druck und existenzielle Ängste ließen die Widerstands- und Entscheidungskräfte der Opfer bald schwinden. Laut Artikel 382-1 des Luxemburger Grundgesetzes liegt deshalb selbst im Falle einer Zustimmung des Opfers eine Straftat vor.

Der Bericht der CCDH, der auf Informationen von zuständigen Personen und Institutionen sowie von Opfern basiert, ist in vier Teile gegliedert: Zunächst gibt er einen Überblick über die Situation in Luxemburg. Es folgt eine Analyse nationaler und internationaler juristischer Texte. Der dritte Teil befasst sich mit den Maßnahmen der luxemburgischen Regierung im Kampf gegen den Menschenhandel. Den Abschluss bildet eine Bilanz und eine Aufstellung von Richtlinien.

Die Zahlen zum Menschenhandel in Luxemburg sind inkohärent und unvollständig und erlauben keine aussagekräftigen Schlussfolgerungen, befindet die Menschenrechtskommission. In den Jahren 2010 bis 2016 machte die Polizei hierzulande 79 Opfer aus, von denen elf minderjährig waren. 42 Opfer stammten aus EU-Staaten - größtenteils Rumänien, Estland, Frankreich und Portugal - und 33 aus Drittstaaten wie Brasilien und China. Von den 62 Tätern, die hauptsächlich aus Rumänien, Frankreich und Luxemburg stammten, waren elf weiblichen Geschlechts.

Akuter Handlungsbedarf

In Luxemburg gibt es keine ausreichenden Ausstiegsmöglichkeiten, und das Risiko einer Strafverfolgung ist sehr gering, so Pregno. Der oben erwähnte Artikel sieht - wenn verschlimmernde Umstände, wie Minderjährigkeit, Schwangerschaft oder Krankheit des Opfers, nicht vorliegen - für Menschenhandel eine Gefängnisstrafe von bis zu fünf Jahren bzw. Geldstrafen von bis zu 50.000€ vor. Die Höchststrafe eines in Luxemburg wegen Menschenhandels Verurteilten liegt bisher bei vier Jahren Haft. „Wir sind der Meinung, dass verstärkte Sensibilisierung und Schulung der Richter notwendig ist", folgert die Juristin Anamarija Tunjic.

Im Bericht ist auch von der sexuellen Ausbeutung geflüchteter Minderjähriger die Rede, die ohne Eltern oder andere erwachsene Angehörige nach Europa kommen. Handelte es sich dabei bis vor kurzem um ein eher randständiges Problem, so ist infolge der Migrationskrise die Zahl der Fälle stark angestiegen.

In einem kürzlich veröffentlichten, die Lage in 41 Ländern seit 2015 analysierenden Bericht, forderte bereits der Europarat ein konsequenteres Vorgehen zum Schutz geflüchteter Kinder und Jugendlicher. Laut Aussagen der europäischen Polizei Europol von Anfang letzten Jahres sind etwa 10.000 geflüchtete Kinder und Jugendliche nach einer ersten Registrierung spurlos verschwunden. Den ExpertInnen des Europarats zufolge muss sicher-

gestellt werden, dass unbegleitete Kinder in Pflegefamilien oder speziellen Einrichtungen unterkommen und nicht gemeinsam mit Erwachsenen in Lagern oder Sporthallen untergebracht werden. Bei den TäterInnen handelt es sich um SchlepperInnen, die Jugendlichen Arbeit versprechen, sie dann aber zur Prostitution zwingen.

Während in Luxemburg im Jahr 2014 nur 31 unbegleitete Minderjährige einen Antrag auf internationalen Schutz stellten, waren es im darauffolgenden Jahr bereits 103. Von fast der Hälfte der 83 betroffenen Kinder und Jugendlichen, die zwischen Januar und September 2016 einen Asylantrag stellten, fehlt seither jede Spur.

Die luxemburgische Gesetzgebung sieht vor, unbegleiteten Minderjährigen bis zum Alter von 16 Jahren je eineN TutorIn sowie eineN AdministratorIn zuzuweisen. In manchen Fällen dauert es mehrere Wochen beziehungsweise Monate bis die entsprechende Zuordnung von RepräsentatorInnen erfolgt ist. In dieser Zeit verfügen die betroffenen Kinder und Jugendliche weder über eine Sozialversicherung noch über finanzielle Mittel. Die CCDH stellt zudem mangelnde Schulungen des Personals im Foyer pour mineurs non accompagnés und im Foyer pour mineurs en détresse fest.

Weitere Maßahmen nötig

Im Dezember letzten Jahres verabschiedete die Regierung einen nationalen Aktionsplan zur Bekämpfung des Menschenhandels. Die CCDH kritisiert, dass abgesehen von einer Auflistung geplanter Maßnahmen keine konkrete Strategie entwickelt worden sei. Für diese wäre eine Präzisierung der zur Umsetzung notwendigen Mittel und Prozeduren vonnöten.

Zusammenfassend fordert die Menschenrechtskommission zunächst ein zuverlässigeres System für Statistiken. Momentane Divergenzen und Wiedersprüche zwischen den Ergebnissen könnten durch eine verstärkte Kooperation und Kommunikation der verschiedenen Institutionen und Ämter reduziert werden. Ferner verlangt sie ein proaktiveres Vorgehen sowie spezifische Schulungen für das zuständige Personal. Die Tatsache, dass in den letzten fünf Jahren nur ein einziges Opfer durch eine NGO, und keines von der Arbeitsinspektion (ITM) erfasst wurde, sei ein Zeichen dafür, dass diese nicht über ausreichende Humanressourcen und Mittel verfügen. Der CCDH zufolge ist dies vor allem deshalb bedauernswert, weil es sich bei ITM, NGOs und der Polizei um diejenigen Akteurinnen handelt, die am ehesten mit Opfern des Menschenhandels in Kontakt kommen. An letzter Stelle fordert die Kommission Maßnahmen zur Sensibilisierung der Bevölkerung. Maßnahmen in dieser Richtung seien zwar bereits von der Regierung angekündigt worden, doch fehle es an konkreten Informationen.

In zwei Jahren stellt die CCDH ihren zweiten Bericht vor. Sie hofft, dass bis dahin zumindest Teilerfolge im Kampf gegen den Menschenhandel zu verzeichnen sind.